

Die
„Weißeritz-Zeitung“
erscheint wöchentlich drei-
mal: Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. —
Preis vierteljährlich 1 R.
25 Pf., zweimonatlich
84 Pf., einmonatlich 42
Pf. Einzelne Nummern
10 Pf. — Alle Postan-
stalten, Postboten, sowie
die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadträte
zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Inserate, welche bei der
bedeutenden Auflage des
Blattes eine sehr wirk-
same Verbreitung finden,
werden mit 10 Pf. die
Spaltenzeile oder deren
Raum berechnet. — Ta-
bellarische und complicirte
Inserate mit entsprechen-
dem Aufschlag. — Eingel-
andt, im redaktionellen
Theile, die Spaltenzeile
20 Pf.

Nr. 93.

Sonnabend, den 8. August 1885.

51. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Deutsches Reich. So eben hat sich die traditionelle Begegnung, welche die Kaiser von Deutschland und Oesterreich jährlich auf österreichischem Boden zusammenführt, vollzogen, und war heuer Gasten der Schauplatz dieses längst historisch gewordenen Ereignisses. Die leitenden Staatsmänner beider Reiche haben an der Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz nicht Theil genommen, ebenso wenig, wie dies bei den meisten früheren Begegnungen der zwei Monarchen der Fall gewesen ist, und dieser Umstand verleiht diesmal wieder derselben einen durchaus persönlichen und freundschaftlichen Charakter, lediglich dem Austausch erprobter Gefühle und Gesinnungen beider Herrscher gewidmet. — Der Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef wird, wie nun feststeht, eine Zusammenkunft des österreichischen Kaisers mit dem Czaren in der zweiten Hälfte des September folgen, und zwar gleichfalls auf österreichischem Boden (siehe Tagesgeschichte). Es steht zu erwarten, daß dieser erste Besuch Kaiser Alexander III. in Oesterreich eine Periode der Irrungen, der gegenseitigen Reizungen und Eifersüchteleien zwischen Rußland und Oesterreich abschließen wird, nachdem schon in Skierniewicz der Grund zu einer dauernden Verständigung der beiden Reiche gelegt worden ist, und man darf der bevorstehenden österreichisch-russischen Zusammenkunft darum mit Vertrauen entgegensehen. Zwischen die Monarchenzusammenkünfte auf österreichischem Boden werden heuer voraussichtlich nicht minder wichtige diplomatische Begegnungen fallen. Eine derselben wird, wenngleich hierüber noch widersprechende Nachrichten vorliegen, zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnochy stattfinden, und darf man annehmen, daß wirtschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich den Hauptgegenstand der Konferenz beider Staatsmänner bilden werden. Andererseits verlautet, daß Graf Kalnochy auch mit Herrn von Giers, dem russischen Minister des Auswärtigen, eine Zusammenkunft haben werde, und erscheint diese Mittheilung um so glaubwürdiger, als Herr von Giers am vergangenen Dienstag in der That eine auf zwei Monate berechnete Reise ins Ausland angetreten hat. — Auf dem Gebiete der innern Politik ist wenig Bemerkenswerthes zu verzeichnen; vielleicht, daß die Konferenz der preussischen Bischöfe in Fulda wieder einmal Anlaß zu Erörterungen geben wird, nachdem die definitive Ernennung des Bischof Krementz von Ermland zum Erzbischof von Köln in der deutschen Presse auffallender Weise fast gar keine besondere Beachtung gefunden hat. Dagegen sind auf dem Felde der auswärtigen Politik plötzlich die deutsch-französischen Beziehungen wieder in den Vordergrund getreten, und zwar durch den bekannten „kalten Wasserstrahl“, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ anlässlich eines in „Temps“ erschienenen chauvinistischen Artikels des „Temps“ nach Paris gerichtet hat. In dem betreffenden Artikel hatte der sonst als gemäßigt geltende „Temps“ die Vermehrung der Kavallerie-Regimenter im Südosten von Frankreich und deren Stationierung näher an die deutsche Grenze hin verlangt, und dieses Verlangen, verbunden mit dem Umstande, daß der „Temps“ bisher immer recht maßvollen Anschauungen huldigte, wird von der „Nord. Allg. Ztg.“ mit Recht als ein bedenkliches Symptom der in Frankreich gegen Deutschland herrschenden Stimmung charakterisirt. Das offiziöse Berliner Blatt schließt seine Auslassungen mit folgenden bemerkenswerthen Worten: „Die Möglichkeit für jeden Ehrgeizigen, das Feuer anzublasen und einer friedliebenden Regierung durch Appell an die Revanche Schwierigkeiten zu bereiten oder vorhandene regierungsseitig zu überwinden, läßt uns befürchten, daß unsere französischen Nachbarn auch heute auf den Frieden mit Deutschland keinen höheren Werth legen, als zu irgend einer Zeit seit 200 Jahren.“

Frankreich. Die politische Bewegung in Frankreich, die namentlich durch die bevorstehenden allgemeinen Wahlen verurthacht worden ist, hat durch die bedrohlichen Nachrichten aus Marseille einen merklichen Dämpfer erhalten. Es unterliegt kaum einem Zweifel mehr, daß daselbst wiederum die Cholera ausgebrochen ist; es verlautet von durchschnittlich 15–20 Cholera-Todesfällen, die in Marseille täglich zu registriren sind. Die Cholera scheint allerdings nicht aus dem benachbarten Spanien eingeschleppt worden zu sein; es liegt vielmehr die Vermuthung nahe, daß sie durch französische, aus Tonkin heimkehrende Soldaten eingeschleppt worden ist. Eine andere Erklärung geht dahin, daß die „Choleraähnliche Krankheit“ — wie die Seuche offiziell wohlklingender Weise genannt wird — lokaler Natur, und durch die abnorme Hitze, sowie die Unreinlichkeit in Marseille, hervorgerufen worden ist. Hoffentlich lassen die Nachbarstaaten Frankreichs die aufgetretene Epidemie nicht außer Acht.

England. In England scheint eine bedeutende Umgestaltung der Partei-Verhältnisse bevorzustehen. Die Zwistigkeiten im konservativen Lager, deren Mittelpunkt der neue Staatssekretär für Indien, Sir Randolph Churchill ist, sind längst ein offenes Geheimniß; aber auch innerhalb der liberalen Partei gehen merkwürdige Dinge vor. Es heißt, Mr. Gladstone selbst werde aus der liberalen Partei austreten, mit ihm auch der frühere Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, der durch seine radikalen Gesinnungen bekannte Sir Charles Dilke. Vielleicht ergibt sich aus der Bewegung unter den Konservativen und den Liberalen eine ganz neue Partei-Gruppierung. — Der bereits todtgesagte Unterfeldherr des verstorbenen Mahdi, der tapferere Reiterführer Osman Digma, soll, wie der englische Kapitän Chermide aus Egypten telegraphirt, noch wohl und munter sein. Der Jubel der Engländer über seinen Tod ist also verfrüht gewesen.

Rußland. Ein weit erfreulicheres Dementi, als das genannte, kommt aus Petersburg, von wo aus man die Allarmnachrichten des „Standard“ über einen angeblich bei Merutshat erfolgten Zusammenstoß der Afghanen mit den Russen als vollständig unbegründet bezeichnet. Im Uebrigen hat Lord Salisbury in der Dienstagsitzung des englischen Oberhauses wieder einmal eine langathmige Erklärung über den Stand der afghanischen Grenzfrage vom Stapel gelassen, aus der nur erhellt, daß der Ausgang der afghanischen Affaire nach wie vor in Dunkel gehüllt ist. Wie sich das „Reuter'sche Bureau“ aus Teheran melden läßt, ist die afghanische Garnison in Gulsicar allerdings verstärkt worden, was russischerseits durch Entsendung russischer Truppen nach dem vielgenannten Bendtschek oder Bendzsch beantwortet ist. Ganz unverdächtig erscheint demnach die Situation an der afghanischen Grenze doch nicht. — Das russische Kaiserpaar hat am Dienstag mit großem Gefolge eine auf acht Tage berechnete Reise nach Finnland angetreten.

Zur Landtagwahl.

II.

Wir bemühten uns in Nr. 90, den Nachweis zu führen, in wie hohem Grade es wünschenswerth erscheinen muß, daß die Wähler eines Bezirkes ihre Stimmen einem Manne zuwenden, der, womöglich dort seit Jahren ansässig, nicht nur mit allen Verhältnissen seines engeren Vaterlandes, sondern auch mit der wirtschaftlichen Lage des Reiches derart vertraut ist, daß er die in mancher Beziehung auf den verschiedenen Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung, des Verkehrs- und wünschenswerthen Verbesserungen und Neuerungen auch ernstlich und nachdrücklich an geeigneter Stelle vertreten und befürworten kann. Es wurde weiter nachgewiesen, wie der in manchen Gewerbezweigen des engeren Vaterlandes speziell auch dieses Wahlbezirkes herrschende Nothstand seine Ursachen vor Allem in der allgemeinen Wirtschaftskrisis

finde, daß aber zur Hebung derselben vor Allem Maßnahmen erforderlich, deren Verathung und Feststellung Aufgabe des Reiches in Verbindung mit den Regierungen der Einzelstaaten sein müsse, daß daher auch die Abgeordneten derselben sich einer genauen Prüfung aller hier einschlagenden Gesichtspunkte unterziehen müssen.

Dafür einige praktische Beispiele:

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Landtage ist die Aufstellung resp. Verathung des Budgets; diese aber muß sich nothwendig wieder ebenso nach den Anforderungen richten, welche das Reich in finanzieller Hinsicht stellt, wie nach den Zuschüssen, die es eventuell den Einzelstaaten gewährt.

Alle Fragen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, in Zoll- und Steuerangelegenheiten, eine Reform auf dem Gebiete der Münzpolitik, der Gewerbeordnung, dem Innungswesen in verkehrswirtschaftlicher Richtung gehören vor das Forum des Reichstages, müssen aber ebenso von den Vertretern der Einzellandtage erwogen und an ihrer Lösung durch dieselben mitgearbeitet werden, um die Stellung der betreffenden Regierung im Bundesrath zu diesen und ähnlichen Fragen nicht nur anzuregen, sondern auch zu beeinflussen. Gedenten wir noch eines Falles, der möglicherweise gerade, Dank der neuen Wirtschaftspolitik des Reiches, interessant für unsere ländlichen Verhältnisse werden kann. Die allgemeine und oft auch nur zu berechtigte Klage der Landgemeinden wegen Ueberbürdung mit Steuern und Anlagen, die bereits in so verschiedenen Tonarten an das Ohr unserer Landesvertretung erklungen ist, sie mußte leider nur zu oft wegen Mangel an genügenden Mitteln, hier Erleichterungen zu schaffen, unberücksichtigt bleiben. Wer hätte da immer in jenen Gemeindeverwaltungen den Muth, für verminderte Ausgaben in Schule, Kirche, Verwaltung, Straßenbau, Armenversorgung u. aufzutreten, wenn angesichts eines beständigen Zuwachses die Anforderungen in genannten Richtungen auch immer größere werden. Gewiß ließen sich trotz dem hier und da Ersparnisse anbringen, immerhin bleibt es selbst im Interesse der weiteren günstigen Entwicklung jüngerer Gemeinwesen wünschenswerth, daß ihnen die Mittel nicht allzu knapp zufließen. Ueberall dort aber, wo den Landgemeinden im Verhältniß ihrer geringen Mittel im Interesse des großen Ganzen unverhältnißmäßig hohe Opfer auferlegt werden, muß aber auch eine Unterstützung von Seiten des Staates event. des Reiches um so dringender notwendig erscheinen. Der Gedanke des Reichstanzlers, die Einnahmen aus den neuen Zöllen, namentlich die vom Getreide, den Landgemeinden zu lassen, hat jedenfalls viel Berechtigung, wenngleich er sich in der Praxis noch besser durchführen ließe, wenn anstatt der von Jahr zu Jahr nothwendig schwankenden Einnahmen aus den Getreidezöllen ein festes Äquivalent als Pauschalsumme für längere Zeit ausgeworfen würde, ein Gedanke, der zweifellos im nächsten Reichstag weitere Besprechung finden wird. Sollte derselbe aber, was wir ernstlich hoffen, zur Durchführung kommen, so würde hier der Hauptvortheil der neuen Zölle für die Landwirtschaft zu suchen sein. Bei einer durchschnittlichen Produktion von 400 Millionen Centner Getreide führt das Reich noch ca. 40 Millionen Centner ein und da diese Einfuhr leider vorwiegend aus Ländern mit Silberwährung erfolgt, so konnten diese 40 Millionen Centner Einfuhr keine wesentliche Preiserhebung bewirken, solange das Werthverhältniß vom Gold zum Silber so sehr zum Nachtheil des letzteren ansfällt; aber jene 40 Mill. Centner Einfuhr repräsentiren trotzdem eine Einnahme von etwa 60 Mill. Mark, die dann indirekt der Landwirtschaft zu Gute kämen. Daß endlich die bereits wiederholt angeregte, aber immer noch einer Lösung harrende Frage nach einer veränderten Münzpolitik, die natürlich ebenso nur durch Reich und Bundesrath entschieden, aber